



Parteichef Schäuble: „Keiner weiß, wo das Geld ist“

M. DARCHINGER

„Mal sehen, wer übrig bleibt“

Die CDU in ihrer schwersten Krise: Statt Aufklärung im Spendensumpf folgt Lüge auf Lüge. Die als Vermächtnis getarnten Hessen-Millionen könnten ein Finanzdesaster für die Partei heraufbeschwören. Die Position des Parteichefs Wolfgang Schäuble ist schwer erschüttert.

Halb fünf im Winzerörtchen Oestrich-Winkel am vergangenen Donnerstagnachmittag: Franz Josef Jung, Chef der hessischen Staatskanzlei, hat sein Grußwort bei der Winzerfachtagung des Rheingauer Weinbauverbandes gehalten und die Weinkönigin geküsst. Eilig strebt Jung dem Ausgang zu. Ein SPIEGEL-Redakteur hält ihn auf und stellt ein paar entscheidende Fragen.

Bei seinen Recherchen war er darauf gestoßen, dass die hessische CDU seit Anfang der achtziger Jahre viele Millionen Mark Schwarzgeld in der Schweiz gebunkert hatte. Ob Jung, Generalsekretär der Landespartei von 1987 bis 1991, davon gewusst habe? Ihm könne doch auch nicht verborgen geblieben sein, dass die angeblichen Vermächtnisse jüdischer Emigranten, von denen die hessische CDU-Führung gespro-

Tröpfelnde Wahrheiten Schäuble-Aussagen der letzten zwei Monate

„ Wir werden jetzt mit Hochdruck ... vollständige Aufklärung schaffen.

Am 30. November nach einer CDU-Präsidiumssitzung in Berlin

Ich bin nicht der Privatdetektiv der CDU Deutschlands.

Am 8. Dezember in Bonn auf die Frage nach seinem persönlichen Einsatz bei der Aufklärung der Einzelheiten des Konten-Systems

Wer etwas weiß, was vielleicht nicht in Ordnung war, der soll's bitte schön sagen, so wie ich auch alles auf den Tisch lege. Denn das kann nicht sein, dass wir jetzt alles aufklären und dann hinterher kommt noch einmal etwas raus.

Am 3. Dezember in einem ARD-Interview

Was mich immer traurig macht, wenn man alle Fragen beantwortet, und dann bleiben immer noch ungeklärte.

Am 8. Dezember in Bonn

Wir haben viel aufzuklären, aber nichts zu verbergen.

Beim Kleinen Parteitag der CDU am 13. Dezember in Berlin

Angesichts der lückenhaften Faktenlage ist nicht auszuschließen, dass es ... nicht mehr möglich sein wird, alle Einzelheiten lückenlos – auch nicht für die letzten sechs Jahre – zusammenzustellen.

Aus einer Erklärung nach einer CDU-Präsidiumssitzung in Bonn am 22. Dezember

Ich glaube, dass ich ein sehr guter Vorsitzender der CDU bin.

Am 8. Januar in Norderstedt zu Gerüchten über die angeblich von Kohl betriebene Ablösung als Parteichef

Ich habe den Herrn Schreiber ... kennen gelernt. Der hat dann am Tag danach eine Spende in bar abgegeben.

Am 10. Januar in der ARD-Sendung „Farbe bekennen“ zum bis dahin geheim gehaltenen Empfang einer Schreiber-Spende

Das ist für mich kein Rücktrittsgrund. Ich bin ganz ordnungsgemäß verfahren.

Am 10. Januar im „Stern“

“



Christdemokraten Koch, Kanther*: Millionen in der Schweiz gebunkert

S. HUSCH / TERZ

chen hatte, in Wahrheit keine waren, sondern als raffinierte Verschleierung dienten, mindestens 13 Millionen Mark aus den Geheimkassen nach Deutschland zu schaffen.

Jung gibt sich an diesem Nachmittag noch ahnungslos: „Ich weiß nicht, wie der SPIEGEL auf so etwas kommt“, die Schatzmeisterei sei „stets korrekt“ betrieben worden. Aber er könne auch „nicht völlig ausschließen“, dass es eine schwarze Kasse in Zürich gegeben habe.

Noch für den gleichen Abend trommelte Ministerpräsident Roland Koch eine intime Runde zu einer Krisensitzung zusammen. Jetzt waren Vertuschen und Lügen nicht mehr möglich. Man müsse wohl die Wahrheit sagen, ehe sie die Presse an den Tag bringe.

Tags drauf, am vergangenen Freitag um 18 Uhr erschienen Koch und der frühere CDU-Landeschef Manfred Kanther gesenkten Hauptes vor der Presse. Ja, man habe die Öffentlichkeit getäuscht, die Millionen waren illegal im Ausland. Der weißhaarige Kanther versuchte, die Nachwuchskraft Koch aus dem Lügensumpf zu retten: Der habe von allem nichts gewusst. Und viel-

mals, bitte, Entschuldigung. Das Geständnis der Hessen räumt den nach der Summe bisher größten Fall von schwarzen Konten ein – mindestens 30 Millionen Mark sollen es sein, davon wurden 13 als Vermächtnisse ausgegeben. Das Muster des Umgangs der Christdemokraten mit der Wahrheit ist mittlerweile chronisch: Erst wird rundweg geleugnet und gelogen, dann folgt bei drohender Aufdeckung die öffentliche Selbstanzeige mitsamt tiefer Zerknirschung und dem Versprechen schonungsloser Aufklärung.

So hatte es schon Helmut Kohl vorge-macht, der sein Schwarze-Kassen-System empört abstritt, bis die Zufallsfunde staats-anwaltschaftlicher Ermittler die Belege lieferten. So hielt es vergangene Woche Wolfgang Schäuble mit der 100 000 Mark-Bar-Spende des bayerischen Geschäftsmanns Karlheinz Schreiber aus dem Jahr 1994.

Nach ein paar wegwerfenden Bemerkungen über Schreiber, mit demer nichts zu tun gehabt haben wollte, im Bundestag, nach ein paar vagen Andeutungen in der Norderstedter CDU-Klausur am vorletzten Wochenende kam am vergangenen Montag das öffentliche Geständnis in der ARD, dass Schäuble doch das Geld bekommen hatte.

Tröpfelnde Wahrheiten

CDU-Aussagen der letzten zwei Monate

„ Auch auf Vorhalt, dass solche Reisen in die Schweiz zum Teil wöchentlich vorkamen, erkläre ich, dass mir der genaue Grund nicht mehr in Erinnerung ist.

Horst Weyrauch, Steuerberater der hessischen CDU, am 23. November 1999 bei der Vernehmung durch die Staats-anwaltschaft Augsburg

... wie ein warmer Regen, out of the blue.

Ex-Schatzmeister Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein auf die Frage, wie die angeblichen Millionenvermächtnisse zur hessischen CDU gekommen seien

... aus Kreisen deutschstämmiger jüdischer Emigranten.

Wittgensteins ursprüngliche Version über die Herkunft der angeblichen anonymen Vermächtnisse

Die Annahme war damals, mit dem neuen Parteiengesetz geht die gesamte Parteienfinanzierung kaputt.

Manfred Kanther am 14. Januar über die Motive, die zum Anlegen der Auslandskonten führten

Ich stelle fest, dass nach allem, was bisher Herr Kanther uns berichtet hat und was er sagt, andere gefragt zu haben, der Sachverhalt so ist, dass es aus meiner Sicht nicht auf der Hand liegt, wo Strafrecht oder Steuerrecht daran beteiligt sein sollen.“

Hessens Ministerpräsident Roland Koch am 14. Januar

“

* Am vorigen Freitag auf der Pressekonferenz in Hofheim/Taunus.

Unsere „Landschaftsgärtner“

RUDOLF AUGSTEIN

Martin Luther bedachte in seiner Bibelübersetzung den despotischen Prokurator von Judäa Pontius Pilatus (26 bis 36) mit dem anheimelnden Wort „Landpfleger“. Während der ersten großen Partei-spendenaffäre 1981 prägte Eberhard von Brauchitsch den ebenso schönen wie treffenden Satz von der „besonderen Pflege der Bonner Landschaft“.

Der zu zwei Jahren Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 550 000 Mark verurteilte Brauchitsch ging allerdings nicht mit der Gießkanne herum, sondern bedachte mit seinen Geldbriefen bestimmte Politiker, die einen bestimmten Einfluss bei Flickschen Großprojekten ausüben konnten.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn der Waffenhändler und Lobbyist Karlheinz Schreiber den Begriff „Landschaftspflege“ jetzt aufgreift. Wären die wahlberechtigten Bürger, „unsere Menschen draußen“, wie es im Bundestag lange hieß, durch das schäbige Verhalten ihrer Politiker nicht so abgestumpft, dann müsste man die unglaublichen Vorgänge, verursacht von der CDU, als das bezeichnen, was sie in Wahrheit sind: eine „Staatskrise“.

Der durch Helmut Kohl und seinen Amtsnachfolger in der Partei, Wolfgang Schäuble, bekannt gewordene Umgang mit Geldern belegt, dass Kohl und Schäuble aus der damaligen Flick-Affäre nur eins gelernt haben – mit immer höheren Summen zu hantieren. Die jüngsten waren als „Vermächtnisse jüdischer Mitbürger“ getarnt. Nun soll aber „alles in Ordnung gebracht“ werden. Aber was?

Der Ehrenvorsitzende Kohl sollte als Erstes auf das Wort Ehre verzichten, was wohl nur geht, indem er sein Bundestagsmandat niederlegt, und das bedeutet, dass er sich um die Förderung der CDU keine Gedanken mehr macht.

Der Verdross des Wahlvolks ist schon so groß, dass man nicht wie früher nach dem Motto verfahren kann: „Schon morgen läuft eine andere Sau durchs Dorf.“ Der Ärger hat sich bei den Leuten zutiefst eingefressen. Dies ist der Dauerschaden. Der „Patriarch“ (Schäuble über Kohl) hatte zu lange und zu dreist die Macht im Lande; den Spitzenpolitikern ging jeglicher Anstand verloren. Und was sind Generalsekretäre wert, die trotz hinreichen-

der Kenntnisse ihrem Parteichef nicht in den Arm fielen. Das „System Kohl“ lässt immerzu weiteren Unrat offenbar werden, und fast täglich lautet die Frage: „Was kommt als Nächstes?“

Wolfgang Schäuble hat sich ähnlich um seine Rolle herumgelogen wie 1962 Verteidigungsminister Franz Josef Strauß während der SPIEGEL-Affäre, die eben keine Staatskrise war. Die CDU schonte den Mitwisser Konrad Adenauer, aber dessen Ära war ohnehin beendet. Die Dinge mündeten in eine Ordnung, die parlamentarisch und demokratisch war und nicht nur – wie heute – diesen Anschein hatte.

Wie will man dem normalen Bürger klarmachen, dass eben diejenigen, die Gesetze machen, gleichzeitig vorhaben, sie zu brechen? Man sieht nicht, zumal Kohl schon wieder bräsig dasitzt und weiter den Macher spielen will, was ein Aufschub des zweifellos nötigen Rücktritts Wolfgang Schäubles noch nützen soll. Er hat sich genügend diskreditiert, da gibt es für ihn nicht einmal mehr die Chance, sich selbst in Ordnung zu bringen. Seine Uhr als Partei- und Fraktionsführer der CDU ist abgelaufen.

Es ist ja nie der Vorwurf laut geworden, Kohl oder Schäuble hätten sich finanzielle Vorteile verschafft. Sie haben sich Macht erkaufte, und sie haben den Staat als Räuberhöhle vorgeführt. Was immer im Einzelnen straffrei bleibt, darf darüber nicht hinwegtäuschen. Es wird Jahre dauern, bis dieser Sumpf trockengelegt ist. Dies alles kann selbst den politischen Gegner, obwohl er davon profitieren mag, nicht erfreuen. Zu tief sind die Einschnitte im Wurzelwerk der Demokratie, der Schaden trifft indirekt und auf längere Zeit alle Parteien.

Hier ist mit Geld nicht einfach lax umgegangen worden, wie man uns weismachen will; hier haben Kohl wie Schäuble ihren Amtseid gebrochen. Auch Bauernopfer werden da kaum aus der Misere helfen, heißen sie nun Manfred Kanther oder Brigitte Baumeister.

Nur Geldkofferträger Leisler Kiep, der den Stein nicht eben zufällig ins Rollen brachte, hatte nach neuestem Anschein mit „Landschaftspflege“ nichts im Sinn. Im Gegenteil. Der Millionär spendete der CDU schon als Schatzmeister immer wieder Summen von teils über 50 000 Mark. Hut ab vor diesem Grandseigneur.

Auch diese vermeintlich schonungslose Aufklärung klärt wenig, sie wirft nur mehr weitere Fragen auf. Nicht nur die bizarren Übergabemodalitäten und ihre widersprechenden Versionen beschädigen Schäubles Ruf als Spenden-Sauberer – noch mysteriöser ist der Verbleib des Geldes.

Von einer ordentlichen Verbuchung der 100 000 Mark Schreibers, wie Schäuble behauptet, kann keine Rede sein – das Geld versickerte irgendwo. Völlig entnervt gestand Schäuble vergangene Woche Vertrauten: „Keiner weiß, wo das Geld ist. Es ist einfach weg.“

Das Bündel Bares wird für den Empfänger mit mehrjähriger Verspätung zu einem fatalen Geschenk. Nach langem Schweigen redet sich der Parteichef mit seinen Erklärungsversuchen zur Schreiber-Spende um seine Glaubwürdigkeit und bald wohl auch um sein Amt.

Das Desaster in Hessen fällt zwar nicht in Schäubles unmittelbaren Verantwortungsbereich, aber es beschleunigt die Fahrt der Partei in den Abgrund – und er erscheint kaum noch als der Mann, der die Katastrophe aufhalten kann. Die Hochstimmung nach den Landtags-Wahlsiegen 1999 ist einer tiefen Depression gewichen. Die CDU befindet sich in der schwersten Krise seit ihrer Gründung.

Mehr noch, der Fall der CDU ist eine Staatsaffäre. Die Ungeniertheit, mit der sich



Politiker über die von ihnen selbst gemachten Gesetze hinwegsetzen, hat das ohnehin schwindende Vertrauen der Bürger in die Staatsmacht und ihre Verwalter weiter erschüttert.

Die Staatsmänner der staats-tragendsten aller Parteien bleiben uneinsichtig. Sie reagieren wie die verfolgte Unschuld auf „verleumderische Spekulationen“ und das „Gebräu in den Medien“, wie vergangenen Freitag Schäuble jammerte, der so tat, als sei die Affäre eine Erfindung der Medien. Die Täter fühlen sich, eine grandiose Verkehrung der Verhältnisse, als Opfer.

Die freche Rechtschaffenheit, mit der ein Ex-Kanzler die Öffentlichkeit belügt, die listige Schlaueit, mit der sein Nachfolger an der Parteispitze die Wahrheit stückelt, die alles Dagewesene übertreffenden Vorgänge in der hessischen CDU haben gefährlichen Vorbildcharakter.

Der Trend zur Gesetzlosigkeit in der politischen Klasse der Ära Kohl löst eine noch tiefere Vertrauenskrise aus, als damals in den achtziger Jahren die Flick-Affäre, die die Republik erschütterte – weil das System Kohl nahtlos an die Landschaftspflege à la Brauchitsch anschloss.

Die ganz selbstverständliche Gleichung, die Partei sei der Staat, der Staat die Partei, ist deutschen Politikern Axiom ihres Handelns. In Italien hat diese Schamlosigkeit zur Selbsterstörung der christlichen Volkspartei geführt (siehe Seite 28).

So viel Machtversessenheit ist keineswegs das Monopol der CDU, sie ist auch Sozialdemokraten vertraut. Ob die gesponserte Geburtstagsfeier und die subventionierten Fernreisen des Niedersach-

Redner Kohl, Gast Schreiber*
„Der muss weg“



Christdemokraten Baumeister, Kiep*: Botin mit Barem

sen Gerhard Glogowski oder die ungewöhnliche Flugbereitschaft der nordrhein-westfälischen SPD-Prominenz – immer wieder staunen die Nutznießer der scheinbar selbstverständlichen Privilegien, dass die Bürger sich über solche Gepflogenheiten überhaupt erregen. Im Schatten der Millionen-Affäre der CDU können sich die sozialdemokratischen Sünder allerdings noch erfolgreich wegducken.

Der ewige Kanzler Helmut Kohl hatte die Gleichung von Partei und Staat zu einem Dreisatz erweitert: Kohl war die Partei, die Partei war der Staat, und mithin war Kohl der Staat. Nun bröckelte erst das Denkmal Kohl, und mit vernichtender Logik zieht der Fall die Partei hinterher. Die CDU ist bei einer Meinungsumfrage in der vergangenen Woche weit hinter die SPD zurückgefallen, auf 33 Prozent.

Eine Partei am Rande des Nervenzusammenbruchs: Hypernervös reagieren Abgeordnete wie einfache Mitglieder auf jede Enthüllung, denn keiner weiß, was noch kommt. Aus den Bundesländern treffen fast täglich kleine und große Horrormeldungen von vertuschten und verschobenen Spendengeldern ein – wie am Freitagabend aus Hessen.

Ausgerechnet ein staatstragender Konservativer wie Kanther, der als Innenminis-

ter auf Recht und Ordnung pochte, musste nun zugeben, ein Lügegebäude mitgetragen zu haben. Die ominösen Millionen waren wochenlang stereotyp bei allen Nachfragen als Vermächtnisse jüdischer Emigranten ausgegeben worden, die ein besonders enges Verhältnis zum langjährigen Schatzmeister Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein gehabt hätten.

Das Geld in der Schweiz lagerte zunächst beim Schweizer Bankverein, heute vermutlich im Geldhaus Vontobel. Wittgenstein war der Mann, der Anweisungen gab, Teile des gebunkerten Geldes aus der Schweiz zu holen. Der Schatzmeister wusste am besten, wann die Landespartei wie viel benötigte. Die Abwicklung übernahm der Mann, der auch Kohls schwarze Kassen führte: der Frankfurter Wirtschaftsprüfer Horst Weyrauch.

Dank seiner Umsicht, so Wittgenstein, habe sich der heimliche Schatz beständig vermehrt. Der Prinz selbst will mit den Schweizer Bankiers über lukrative Zinsen und aussichtsreiche Anlagen verhandelt haben. Wittgenstein: „Auf diesen Teil der Geschichte bin ich heute noch stolz.“

Wittgenstein, in den achtziger Jahren wegen Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit der Flick-Affäre zu 135 000 Mark Strafe verurteilt, schmückte die Lüge von den Vermächtnissen noch weiter aus und gab vor, er habe sogar versucht, einen Teil der opulenten Einnahmen an soziale Einrichtungen umzuleiten. Die Testamentsvollstrecker aber hätten dies unter Berufung auf „unabänderliche Weisungen zugunsten der hessischen CDU“ abgelehnt.

Tatsächlich waren schon ziemlich viel kriminelle Energie und ein Haufen gefälschter Dokumente nötig, um die erlogene Version einigermaßen abzusichern. Das erste angebliche Vermächtnis über knapp vier Millionen Mark will der Prinz noch persönlich mit dem ihm bestens bekannten Schweizer Notar Rolf Egli ausgehandelt haben. Der Mann ist mittlerweile verstorben.

Dann übernahm Weyrauch die Regie. Der Geldfuchs entschied, künftig den noch diskreteren Weg über Liechtenstein zu nehmen. Zur Hand ging ihm dort der Rechtsagent Oswald Bühler, der schon Peter Graf half, die Millionen seiner Tochter Steffi vor dem Fiskus zu verstecken. Bühler ist der Schwager von Herbert Batliner, die Branchengröße unter den Liechtensteiner Finanzverwaltungen pflegt auch enge Verbindungen zu Kohl.

Ob Bühler vollständig eingeweiht war, ist unklar. Weyrauch soll, so erinnern sich Insider, die Namen Verstorbener aus seinem



* Oben: auf dem CDU-Parteitag im Oktober 1992 in Düsseldorf; unten: im Ausschnitt ganz links am 13. Juni 1991 beim Mittagessen für den kanadischen Premier Brian Mulroney (3. v. r.) im Palais Schaumburg.

Gelder gemischt

Wie sich CDU-Landesverbände aus schwarzen Kassen finanziert haben

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Aus den von der CDU-Bundestagsfraktion unter dubiosen Umständen in bar an die Partei übergebenen 1,15 Millionen Mark flossen laut CDU 100 000 Mark an Ottfried Hennig, den im vergangenen Jahr verstorbenen Ehrenvorsitzenden der Landes-CDU. Überbringer der Summe war demnach der Kohl-Vertraute Hans Terlinden, bis Ende vergangenen Jahres Verwaltungschef in der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Terlinden hatte das Geld nach eigenen Angaben aus einem Panzerschrank genommen. Weitere 65 000 Mark aus den Fraktionsgeldern wurden zum Kauf eines VW-Kleinbusses und eines Audi A 4 verwendet – Dienstfahrzeuge für die Landesgeschäftsstelle.



Ex-CDU-Landeschef Hennig*: Abfindung für Lebensgefährtin

Der Hintergrund für das 100 000-Mark-Geschenk: Hennig hatte sich für seine Lebensgefährtin, die bis 1997 CDU-Landesgeschäftsführerin war, eingesetzt. Da die Parteifreunde sich weigerten, ihr nach Beendigung ihrer Tätigkeit den Audi zu überlassen, wandte sich Hennig offenbar an den großen Vorsitzenden in Bonn wegen einer Abfindung. Otto Bernhardt, Kassierer der Nord-CDU, hält diese Lesart für plausibel: „Der Hennig war der Lieblingschüler von Kohl, wenn er Geld brauchte, dann ging er zum Kanzler.“

MECKLENBURG-VORPOMMERN

100 000 Mark dirigierte Kohl, so die CDU, in den Jahren 1997 und 1998 als

* Im März 1997 auf dem CDU-Landesparteitag in Neumünster.

Aufbauhilfe Ost nach Schwerin. Das Gehalt des aus dem Westen stammenden CDU-Generalsekretärs Hubert Gehring – zuvor Referatsleiter im Kanzleramt – wurde so aufgebossert.

Der Dreh: Auf Anweisung der Bonner Zentrale überwies die Landes-CDU ihren Gehaltsanteil an die Frankfurter Kanzlei Weyrauch und Kapp, die Finanzdienstleisterin der Union. Hier wurden die Gelder zum Gesamtgehalt für Gehring zusammengemischt. Angela Merkel, damals bereits Landesvorsitzende, will nicht gewusst haben, aus welchen Quellen das Geld stammt.

HAMBURG

Eine Spende des Verbandes Deutscher Reeder über 23 052 Mark im Jahr 1998 wurde verschwiegen. Erst Ende Dezember vorigen Jahres entdeckten die CDU-Wirtschaftsprüfer das Geld und sorgten dafür, dass die Spende deklariert wurde.

RHEINLAND-PFALZ

Der CDU-Kreisverband Ludwigshafen, dem auch der Oggersheimer Helmut

Kohl angehört, kassierte 100 000 Mark in bar für den Wahlkampf 1998. Als die Sache im Dezember aufflog, erklärte der Kreisvorsitzende Josef Keller, das Geld sei nicht verwendet worden und werde zurückgezahlt.

Als fragwürdiger Spendensammler fiel der Trierer CDU-Schatzmeister Hans-Joachim Doerfert auf. Der ehemalige Caritas-Manager sitzt zurzeit in Untersuchungshaft, weil er der Veruntreuung von Firmengeldern in Millionenhöhe verdächtigt wird.

Doerfert hat seiner Partei mehrfach Beträge übergeben, die über dem Deklarationslimit von 20 000 Mark liegen, aber angeblich von diversen verschiedenen Spendern stammten – mal waren es 325 000 Mark, mal 65 000 Mark.



Kohl-Vertrauter Terlinden
Von Schäuble gefeuert

Mandantenkreis als Strohleute missbraucht haben – deutsche Auswanderer in Paraguay. Weyrauch war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Über Bühler flossen 1991 und 1996 noch einmal neun Millionen Mark ins Hessische. Und auch für den Wahl-Triumph des „jungen Wilden“ Roland Koch öffneten sich die Tresore in den Alpen. Ein zinsloses Darlehen über 1,5 Millionen Mark ermöglichte ihm den Wahlkampf. Das Geld hatte Wittgenstein seiner Partei schriftlich angeboten.

Wer alles zum Kreis der Verschwörer in Hessen gehörte, ist noch unklar: Die Schöpfer Kanther, Wittgenstein und Weyrauch, kannten die Finessen des Systems, auch in der Landesgeschäftsstelle und in der Frankfurter Kanzlei Weyrauch und Kapp gab es stets Mitwisser. Und in der Bundes-CDU? Wittgenstein behauptete, die Wiesbadener seien eine verschworene Gemeinschaft geblieben: „Kein Kohl, kein Kiep wusste Bescheid.“

Die Kontoauszüge und alle verräterischen Dokumente wurden sorgsam weggesperrt – sie lagerten jahrelang in einem Schließfach der CDU-Hausbank Hauck & Sohn in Frankfurt.

Das aufgeflogene System belegt nicht nur, dass die CDU die Partei der Wiederholungstäter ist – die Flick-Parteispendenaffäre wucherte auf den Schweizer Konten heimlich fort. Ein erheblicher Teil der Millionen stammt sogar noch aus den diskreten Sammlungen der „Staatsbürgerlichen Vereinigung e. V.“, der dienstältesten und effektivsten Geldwaschanlage, die die Union je erdachte.

Wer jetzt alles außer Kohl noch den Staatsanwalt fürchten muss, lässt sich derzeit noch gar nicht übersehen. Zwei Straftatbestände kommen in Betracht: Untreue, denn der Union drohen nach dem Parteiengesetz dramatische Strafen für die Abgabe der gefälschten Rechenschaftsberichte; Beihilfe zur Steuerhinterziehung,



H. HAGEMAYER / TRANSPARENT

Wirtschaftsprüfer Weyrauch (1998)
Mandanten als Strohmänner

wenn wahr ist, dass auch Geld von Spendern auf Schweizer Konten landete, das nicht beim Fiskus deklariert worden war. Die Wiesbadener Staatsanwaltschaft, die am vergangenen Donnerstag noch erklärte, sie brauche Wochen für die Prüfung, ob ermittelt werden solle, dürfte jetzt nicht mehr zögern.

Fassungslos reagierten die Christdemokraten auf den jüngsten Fall der Serie „Schwarze Kassen, „Schwarze Tage“. „Die Sprachlosigkeit verwandelt sich in Entsetzen“, beschreibt der Ex-Generalsekretär Heiner Geißler die allgemeine Gefühlslage. Das sei „schwer zu fassen“, sagte Angela

Merkel zu den hessischen Offenbarungen, das müsste sie „erst mal verarbeiten“.

Auch der Sozialdemokrat Wolfgang Thierse war angesichts der neuen Dimensionen ratlos. Wie kann er als Bundestagspräsident noch Milde walten lassen, da Kanther selber gestand, dass alle Rechenschaftsberichte der CDU seit 1984 vorzüglich fehlerhaft abgegeben wurden? Strafzahlungen von mehr als 400 Millionen Mark, wie sie der Parteifinanz-Professor Martin Morlok im SPIEGEL nannte, scheinen angesichts dieser neuen Faktenlage nun durchaus realistisch.

Sicher sind sich nicht mal mehr alle CDU-Größen, ob nicht auch die Bundespartei ähnliche Überraschungen verbirgt. Vorsichtig berichtet der niedersächsische Landeschef Christian Wulff: „Im Präsidium wurde uns versichert, dass die Bundespartei im Ausland keine Konten und keine Gelder hat.“ Und wie steht es mit den anderen Landesverbänden?

Trotz Schäubles unglückseliger Verwicklung in die Kontengeflechte hält die Partei nach außen weiter zu ihm. Schäuble sei nicht der Hauptverantwortliche, meint Geißler, sondern Kohl, der endlich alles sagen müsse, was er wisse.

Schäuble hatte schon am Dienstagmorgen nach der verheerenden Reaktion in der Öffentlichkeit auf sein eigenes Geständnis über einen Rücktritt nachgedacht, berichten Vertraute.

Der Parteichef stritt bald darauf allerdings alle Rücktrittsgedanken ab. Jedenfalls entschloss er sich zum Kämpfen. „Bei mir

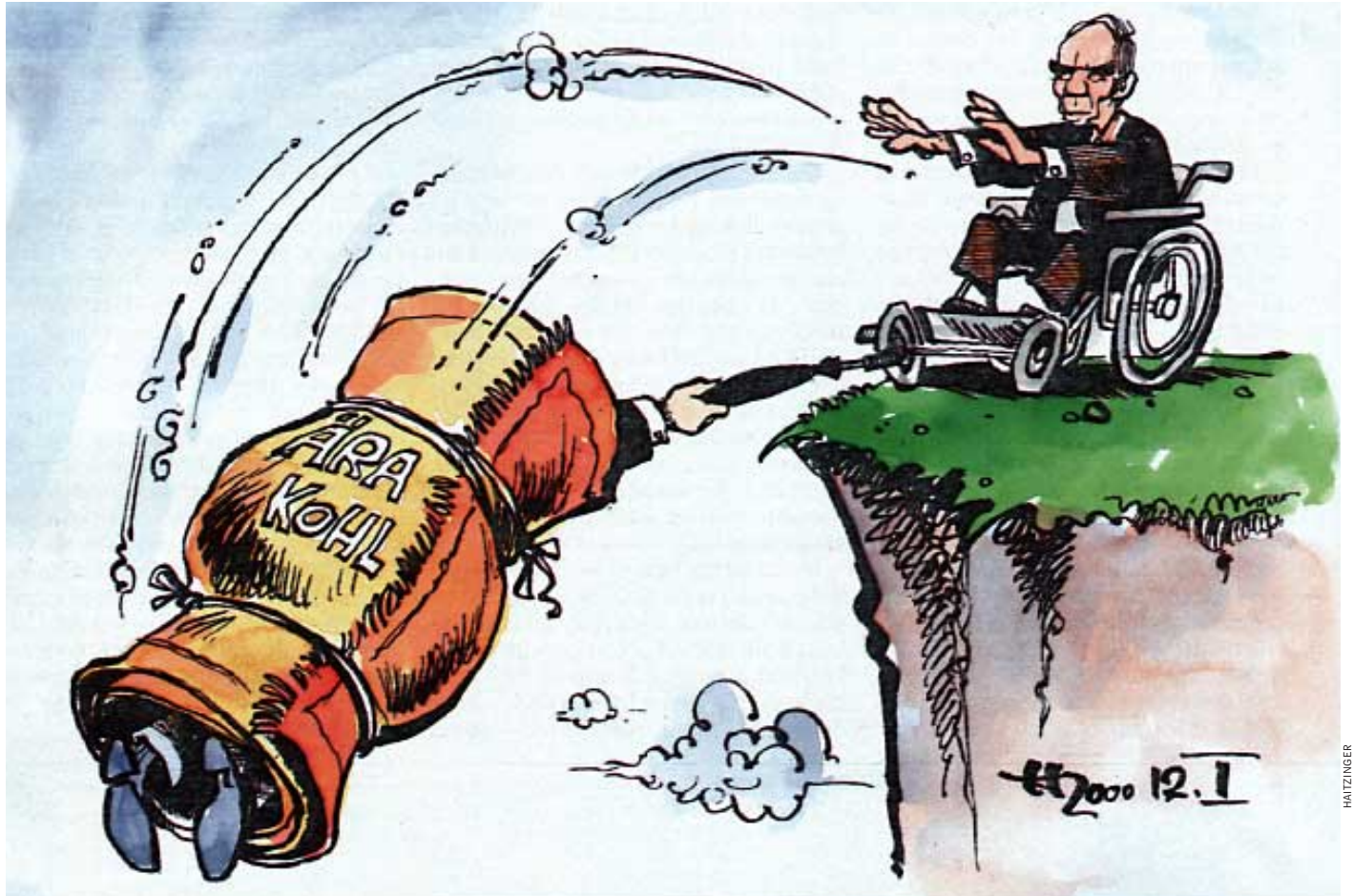
geht es um mehr als für dich“, soll Schäuble seine langjährige Weggefährtin, die frühere Schatzmeisterin Brigitte Baumeister, beschworen haben, „deshalb musst jetzt du deinen Kopf hinhalten.“ Dass es für ihn „brandgefährlich“ wurde, wie ein Vorstandsmittglied sagt, entging Schäuble nicht. Am vergangenen Mittwoch verkündete der CDU-Chef, er werde zum Parteitag im April wieder antreten, am Freitagabend nach dem Hessen-Debakel bekräftigte er seine Absicht. Er zollte den Hessen „Respekt“, lobte in grotesker Umdeutung des erzwungenen Geständnisses den „rückhaltlosen Willen zur Aufklärung“.

In seiner Spenden-Not greift Schäuble nun zum Ältesten-Rat. Altbundespräsident Roman Herzog, 65, Ex-Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, 68, und der frühere Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof, 56, sollen aus den Abschlussberichten der Wirtschaftsprüfer ergründen, „welche Konsequenzen für die Zukunft zu ziehen sind“.

Doch jetzt droht erst einmal die Vergangenheit mit aller Wucht. Nicht nur der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Spendenaffäre nimmt diese Woche seine Arbeit auf. Seit Freitag vorvergänger Woche sichten auch Staatsanwälte die korrigierten Rechenschaftsberichte und dutzende Ordner aus dem Bonner Adenauer-Haus, die die Wirtschaftsprüfer mit den Beständen der ziemlich lückenhaften Buchhaltung füllten. Eine Bestandsaufnahme soll her, wieviel Kohl & Co durch die schwarzen Kassen schleusten, und klären, ob sich der Altbundeskanzler der

„Die Trennung“

tz, MÜNCHEN



HATZINGER

Zerbrochen und zerschmolzen

Wie die italienische Schwesterpartei der CDU im Spendensumpf versank.



Gastredner Kohl bei der Democrazia Cristiana: Im 50. Jahr des Bestehens feierlich beerdigt

SINTESI

Helmut Kohl weiß, wie das ist, wenn eine konservative Partei zerbricht. Er war damals im Juli 1993 Ehrengast, als sich die Democrazia Cristiana (DC) – die CDU Italiens – im 50. Jahr ihres Bestehens für tot erklärte und feierlich selbst beerdigte.

Alle haben da noch froh gelaunt geklatscht, auch der Chef der deutschen Schwesterpartei. Denn die skandalbelastete DC sollte ja nur mit einem neuen Namen ausgestattet werden, die durch Finanzaffären beschmutzte Hülle wechseln.

PPI, Partito Popolare Italiano, sollte sie fortan heißen, Italienische Volkspartei, so wie schon ihre Vorgängerin. Aber die Sache ging schief: Anstatt geordnet die Partei zu wechseln und sie und sich dadurch zu retten, lief die Katholikentruppe auseinander.

Ein Teil fand sich im Mitte-Rechts-Häufchen Centro Cristiano Democratico (CCD) zusammen. Andere drifteten vom rechten Flügel zur neofaschistischen Alleanza Nazionale. Auch die neu gegründete Autonomistenbewegung Lega Nord und der Wahlverein des Bauunternehmers und Medienzaren Silvio Berlusconi Forza Italia schluckten DC-Scharen. Den linken Rand franselten Populisten wie der palermische Bürgermeister Leoluca Orlando ab.

Die große Staatspartei Italiens, die DC, löste sich binnen kurzem einfach auf, zerbrach, zerlief, zerschmolz.

46 Regierungen hatten die Christdemokraten nach dem Krieg geführt, nur ausnahmsweise mussten sie andere an der Macht beteiligen und ihnen das Amt des Ministerpräsidenten überlassen. So kurz die Halbwertszeit der Regierungen ausfiel, so stabil war die Dominanz der DC und ihrer politischen Klasse: Sechsmal regierte Amintore Fanfani das schöne Land im europäischen Süden, fünfmal Aldo Moro, der 1978 von den Roten Brigaden ermordet wurde, siebenmal Giulio Andreotti.

Die Staatspartei riss sich den Staat unter den Nagel. Nach Belieben verteilte sie jahrzehntelang Geld, Jobs, Privilegien. Im dritten Stock der DC-Zentrale in Rom gab es eigens ein „Büro für Ernennungen“. Ob bei den staatseigenen Industriebetrieben oder bei der Fernsehanstalt RAI, ob Chef oder Pförtner, Polizist oder Professor, die Jobs im öffentlichen Sektor Italiens wurden zur Beute der Politik. Die DC, die größte und mächtigste Partei, kassierte das Gros, bedachte aber auch die kleineren Konkurrenten, brauchte man sie doch, damit das Spiel weiterging.

Im Gegenzug hatten die Erwählten und Beförderten sich mit Geld für die Parteikassen oder mit Aufträgen und Nettigkeiten für andere Parteigünstlinge erkenntlich zu zeigen. Staatliche Bau- oder Lieferaufträge ohne Parteispende – mindestens 30 Prozent vom Umsatz – waren

eher die Ausnahme, auch bei Firmenvkäufen war der politischen Kaste meist ein Anteil zugedacht. So flossen den Schatzmeistern, in Mark umgerechnet, alljährlich zweistellige Milliardenbeträge zu.

Der Geldhunger der DC war zu einem Teil Folge ihrer fragilen Struktur: Sie war ein Zusammenschluss unterschiedlichster Strömungen (correnti) des bürgerlich-religiösen Italien, diverser konkurrierender Sippen und populärer Meinungsführer mit eigenen Gefolgschaften, die mit Geld und Pfründen pazifiziert wurden.

Offensichtlich war die gerechte Verteilung der immensen Schmiergelder auf Flügel und Provinzen gar nicht so leicht. Ein Regierungsbeamter entwarf deshalb ein spezielles System, das Macht und Mitgliederzahlen in Lire umrechnete, das nach ihm benannte „Manuale Cencelli“.

Das alles wussten die Italiener ja schon lange, fanden es empörend, regten sich auf – und fühlten sich machtlos. Denn geschickt hatten die Christdemokraten ihre Konkurrenten – Liberale, Monarchisten, Sozialisten – eingekauft. Vor allem die sozialistische PSI, die von 1983 bis 1987 mit Bettino Craxi den Premierminister stellen durfte, obwohl sie nicht einmal 15 Prozent der Stimmen bekommen hatte, übertraf ihre christliche Lehrmeisterin noch in der Dreistigkeit: Kofferweise mussten große Manager wie kleine Unternehmer Geld abliefern.

Einzige Opposition gegen die DC waren, neben den politisch bedeutungslosen Rechtsradikalen, die Kommunisten. Zugleich war die PCI – Partito Comunista Italiano – der Garant für das Überleben des bürgerlichen Schmiergeldkartells.

Die Angst vor einer Regierung mit sowjetischem Geruch trieb das italienische Bürgertum immer wieder zur DC.

Mit dem Fall der Berliner Mauer zerbröselte über Nacht das Skelett der italienischen Katholikenpartei. Die Wähler verabschiedeten sich. Der entscheidende Grund, DC zu wählen, war nach der Auflösung des gefürchteten roten Weltreichs entfallen. Im April 1992 schafften die Christdemokraten keine 30 Prozent mehr. Die Stimmenzahl der regierenden Vier-Parteien-Koalition (DC, Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale) halbierte sich. Hauchdünn hielt man sich, des skurrilen italienischen Wahlrechts wegen, an der Macht – aber schon ziemlich machtlos.

Denn nun interessierten sich auch bislang DC-treue bürgerliche Schichten für die Gerüchte über Korruption und Parteienfilz. Und weil die Allmacht der DC schmolz, eröffnete sich der Justiz zum ersten Mal die Chance zur breiten Aufklärung.

Erst war es nur ein kleiner Fisch in Mailand. Mario Chiesa, Direktor der größten Sozialeinrichtung der Industriemetropole, beichtete den Staatsanwälten Francesco Saverio Borrelli und Antonio Di Pietro, wie er Geld von Lieferanten und Handwerkern erpresst habe, um einen Teil davon in die Kassen verschiedener Parteien weiterzuleiten. Bald darauf gestand der erste Bauunternehmer, Schmiergelder gezahlt zu haben. Als Borrelli, Di Pietro und Kollegen immer weitersuchen – und weder mit Beförderung noch, wie zuvor üblich, mit Verbannung nach Sardinien oder Sizilien zu stoppen sind –, stoßen sie auf Korruption und Vetternwirtschaft, Bestechung und Unterschlagung im ganzen Land. „Mani pulite“ nennen die Staatsanwälte ihre Aktion, „Saubere Hände“.

Im Juni 1992 ermitteln die Staatsanwaltschaften schon in 30 Städten, in den vier größten Städten Italiens treten die Kommunalregierungen unter Korruptionsverdacht zurück. Der Stadtrat von Reggio Calabria wird komplett verhaf-

tet, von der Abruzzensadministration in L'Aquila entgeht nur einer den Handschellen, weil er gerade auf Reisen ist.

Bündelweise finden die Carabinieri 100 000-Lire-Scheine in Mülltonnen, auf Komposthaufen oder in Toilettenbecken, wenn sie – wie jeden Tag in jener Zeit – bei Industriellen, Handwerkern, Krankenhauschefs oder Politikern anklopfen.

Gegen den einstigen sozialistischen Premier Craxi laufen bald Ermittlungsverfahren wegen Erpressung, Bestechung und wiederholter Verstöße gegen das Parteienfinanzierungsgesetz. Er flieht nach Tunesien, wo er, nach mehreren Verurteilungen, heute noch hockt und so tut, als sei er in politischer Verbannung.

Auch gegen Berlusconi finden die Staatsanwälte genug, um ihm mehrere Prozesse zu machen. In manchen wurde er inzwischen verurteilt, in manchen freigesprochen, manche dauern noch immer an.

Vor allem aber trifft es die Führungskaste der großen Democrazia Cristiana. Giulio Andreotti gerät unter Mafia-Verdacht, von dem er Ende 1999 freigesprochen wird. Unter dem Ruch dunkler Geschäfte steht auch Antonio Gava, als Innenminister zwei Jahre lang sogar für den Kampf gegen die Mafia zuständig. Später wird er zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Gegen den Ex-DC-Schatzmeister Severino Citaristi laufen 64 Ermittlungsverfahren bei zwölf Staatsanwaltschaften gleichzeitig. Und auch Ciriaco De Mita (Parteichef von 1982 bis 1989) soll plötzlich erklären, wie sein Bruder an Geld kam, das für Erdbebenopfer bei Neapel gedacht war. Citaristi muss nach den bisher ergangenen Urteilen für 30 Jahre einsitzen.

Kaum ein Tag vergeht in jener Zeit, ohne dass ein neuer Bestechungsskandal aufgedeckt wird: Rund 1000 Politiker – vom Dorfscherriff bis zum Regierungschef – lernen Staatsanwälte kennen. Und trotz aller Beteuerungen am Anfang, jeder habe doch nur zum Wohle der Partei gehandelt, zeigt sich in den meisten Fällen, dass auch die

Privatschatullen reichlich gefüllt worden waren. „Sie können dankbar sein, dass sie in einem demokratischen Land leben“, höhnte Umberto Bossi, Chef der oppositionellen Lega Nord, über die Christen-Führer im Sommer 1993. „Andererseits wären sie an die Wand gestellt worden.“

HANS-JÜRGEN SCHLAMP



Angeklagter Andreotti (1998)

Untreue strafbar gemacht hat. Die Ermittler der Bonner Staatsanwaltschaft rückten am 7. Januar bei CDU-Bundesgeschäftsführer Willi Hausmann an und nahmen ordnerweise Unterlagen mit. Die freiwillige Herausgabe ersparte der CDU eine mögliche peinliche Durchsuchung nebst Beschlagnahme.

Doch ob die Staatsanwälte über die Schäuble-Schreiber-Transaktion Erhellendes in den Akten finden, ist fraglich. Zu dunkel scheint das Loch, in dem die Scheine verschwunden sind. Für Zahlung und Behandlung der 100 000-Mark-Spende, die Schreiber mit der launigen Notiz „Beiliegend erhalten Sie den Bildband: Die 100 hässlichen Männer“ überreicht haben will – gemeint war das Porträt des Astronomen Johann Schöner, das den alten Tausendmarkschein ziert –, gibt es beinahe ein halbes Dutzend Variationen.

SCHÄUBLES VERSION GEHT SO: Bei einem Essen für potenzielle Gönner im Bonner Hotel Königshof habe am 21. September 1994 auch der Geschäftsmann aus Bayern am Tisch gesessen. Nach dem Dessert, die Runde machte sich auf nach Hause, habe Schreiber ihn an der Tür abgepasst und darum gebeten, am nächsten Morgen mal vorbeischauchen zu dürfen.

Tags darauf sei Schreiber, von dem er kurz zuvor noch gesagt hatte, er kenne ihn nur als Straßenmarkierungsunternehmer, wo er doch jedem in der CDU als umtriebiger Lobbyist bekannt war, in seinem Büro im Bundeshaus erschienen und habe ihm einen Umschlag in die Hand gedrückt. Schäuble: „Wir werden uns auch ein paar Minuten unterhalten haben.“ Der Fraktionsvorsitzende will „unmittelbar danach“ die damalige Schatzmeisterin Baumeister anrufen und ihr das Kuvert mit dem Baren übergeben haben. Auf Baumeisters Bitte habe er wenig später Schreiber sein gerade erschienen Buch „Und der Zukunft zugewandt“ geschickt, mit einer freundlichen Widmung versehen.

DIE LESART DER SCHATZMEISTERIN: Baumeister bestätigte Schäubles Version zunächst. Den Umschlag mit dem darauf geschriebenen Namen „Schäuble“ habe sie ungeöffnet erhalten und ihrem Büroleiter Jürgen Schornack übergeben. Erst der habe überhaupt mal nachgezählt.

Was dann passiert sei, erzählte die ehemalige Schatzmeisterin zu Beginn der Woche zunächst so: Weil „Barspenden während meiner Amtszeit in der Schatzmeisterei absolut unüblich waren“, habe sie ihren Vorgänger Walther Leisler Kiep „gefragt, wie in solchen Fällen zu verfahren sei“. Baumeister: „Herr Kiep nahm sich zusammen mit Herrn Weyrauch der Sache an, und der Betrag wurde mit dem Vermerk ‚Kiep‘ auf dem offiziellen Konto der Schatzmeisterei unter ‚sonstige Einnahmen‘ verbucht.“

Ein klarer Gesetzesverstoß, „für den ich die Verantwortung trage“, so Baumeister.

Millionen für Mutter Agnes

Noch immer ist rätselhaft, warum die ehemalige Verteidigungsstaatssekretärin Hürland-Büning üppige Honorare vom Thyssen-Konzern einstrich.

Der Dienstweg führte Agnes Hürland-Büning stets über einen Autobahnrastplatz an der A31. Wenn sie aus Bonn ins heimatische Dorsten zurückkehrte, nahm sie die geheime Abkürzung über den Parkplatz. Nur Eingeweihte wissen, dass sich dahinter eine Abfahrt verbirgt.

„Hürland-Ausfahrt“ nennen die Lippestädter den Weg und munkeln, die damalige CDU-Bundestagsabgeordnete habe durch ihre Beziehungen den Bau der unbeschilderten Ausfahrt bewirkt. Die Straße führt direkt zum Anwesen der CDU-Politikerin am Bierboomskamp 32.

Beziehungen waren es auch, die der heute 73-Jährigen üppige Beraterverträge einbrachten. Bei drei Projekten, an denen der Thyssen-Konzern beteiligt war, vermittelte die Polit-Rentnerin. Insgesamt kassierte die Kohl-Vertraute 8,5 Millionen Mark.

1992 sollte sie den Bau einer Pipeline in die Leuna-Region verhindern, um der dort geplanten Raffinerie lästige Konkurrenz zu ersparen. Dafür zahlten Thyssen und Elf Aquitaine je 500 000 Mark.

Für die Thyssen-Mobilfunktochter E-Plus ebnete sie bei ihrem Vertrauten, dem damaligen Postminister Wolfgang Bötsch (CSU), den Weg für neue Netzlizenzen. Im Vertrag vom 30. April 1992 versprach E-Plus dafür 2,5 Millionen Mark. Doppelt so viel gab es für das Projekt Europarc Dreilinden bei Berlin, bei dem sie einen Grundstückskauf vorbereiten sollte. An Europarc war Thyssen mit 20 Prozent beteiligt.

Die Honorare überwies die Auftraggeber auf ein Schweizer Nummernkonto. Von diesem Geld zahlte Hürland drei Millionen Mark an den Lobbyisten Dieter Holzer in Monaco. Mit dem deutschen Geschäftsmann, der eine zentrale Rolle in der Leuna-Affäre spielt und im Verdacht steht, Schmiergeld an die

Union weitergereicht zu haben, hatte Hürland 1991 einen vertraulichen Beratervertrag abgeschlossen.

Wofür die unscheinbare Dame die Millionen einstrich, fragen sich selbst Thyssen-Manager. Denn die Verträge erforderten Qualifikationen, die niemand an ihr aufgefallen waren. „Agnes, ich wusste ja gar nicht, dass du so eine tolle Beraterin bist“, staunte sogar Wolfgang Schäuble.

Hürlands politische Karriere begann spät. Mit 43 wurde sie 1969 erstmals in

im Verteidigungsministerium. Nie zuvor hatte eine Frau in so hoher Position auf der Hardthöhe gedient.

Wehrpolitische Unkenntnis glied sie durch Herzenswärme aus. Interviews gab sie fast nie, und bei jedem Zwischenfall in der Truppe hatte sie nach Auskunft von Mitarbeitern panische Angst, ins Gerede zu kommen. „Ich gebe zu, dass ich lange Schwierigkeiten mit der Öffentlichkeit hatte“, erklärte Hürland, die 1990 aus Amt und Parlament schied, im vergangenen Septem-

ber bei einer Feierstunde des Bundestags.

Diese Schwierigkeiten scheint sie noch immer zu haben. Aktuelle Fragen nach ihren Millionen wollte Hürland-Büning dem SPIEGEL nicht beantworten. Vor drei Monaten sagte sie immerhin, dass die Geschäfte nicht viel gebracht hätten – außer einem Streit mit dem Finanzamt Gladbeck. Die Beamten forderten zusätzliche Steuern auf die drei Holzer-Millionen, weil sie annahmen, dass Holzer nur eine Scheinadresse für die Überweisung war.

Um zu belegen, dass Holzer das Geld wirk-

lich bekommen hatte, flog sie nach Monaco und sammelte Belege. Dabei half ihr zweiter Mann Josef Büning, einst Abteilungsleiter und Steuerfahnder im Finanzamt Gladbeck.

Die Ermittler haben ihre Nachforschungen eingestellt. Es geht nur noch um die Höhe der Rückzahlungen. Jetzt verlangen die Finanzbeamten 400 000 Mark mehr, als Hürland zahlen wollte.

Ins Gerede kam auch Sohn Norbert. Der hatte kurz nach Abschluss der Thyssen-Verträge eine Immobilienfirma gegründet, für die Mutter Agnes Kapital beisteuerte. Jüngst erwarb er für 13,5 Millionen Mark ein Filetgrundstück am Dorstener Stadtrand.

CHRISTOPH SCHULT, MATTHIAS GEBAUER



Staatssekretärin Hürland, Soldaten (1987): Herzenswärme statt Kenntnis

den Dorstener Rat gewählt. Im Männerverein der Orts-CDU blieb die Mutter von vier Kindern Außenseiterin. Sie hatte es gewagt, sich von ihrem alkoholkranken Mann scheiden zu lassen.

Im Stadtrat kümmerte sich die gelernte Fürsorgerin um die Sozialpolitik, Geld verdiente sie als Versicherungs- und Immobilienmaklerin. Über die Frauenquote kam sie auf die Landesliste und von dort 1972 in den Bundestag.

Als Kohl 1982 Kanzler wurde, machte er sie zur Fraktions-Geschäftsführerin. Politisch fiel sie auch hier kaum auf, die „Mutter der Fraktion“ organisierte lieber Spargel-Essen.

Ihre Loyalität wusste Kohl zu schätzen. Nach der Bundestagswahl 1987 beförderte er Hürland zur Staatssekre-

skanzler Helmut Kohl auf Besuch in Liechtenstein

on Prof. Dr. Dr. Herbert Batliner verbrachte der hohe Gast aus Deutschland mit Freunden einen Wandertag in unseren Bergen

weilte der deutsche Helmut Kohl überng von Prof. Dr. Dr. Liechtenstein. Kohl kam mit Salzburand und verbrachte den liechtensteiniwanderung in Begleier führte von Gnalp tenweg nach Mases in Alten Tunnel und leg.

n Dr. Herbert Batliem hohen Gast aus kräftige Jause mit ezialitäten serviert. mit Kohl besuchte auf Masescha und im te sich sehr für liechichte. Politik und

er deutsche BundesSalzburg zurück, um pügen fortzusetzen.

Bundeskanzler Helme vor kurzem einen tenstein. Die Aufen Gast mit Prof. Dr.



Bundeskanzler Kohl, Ehepaar Batliner*: Diskrete Wege

Das Geld hätte als Spende ausgewiesen oder beim Bundestagspräsidenten abgeliefert werden müssen, weil die Spender anonym waren. Schäuble sekundiert: „Frau Baumeister hat offensichtlich einen Fehler gemacht, und ich bin der Hauptbetroffene.“ Nun müsse er „den Kopf dafür hinhalten“.

DIE DEMENTIS: Baumeisters erste Darstellung hielt nicht lange. Kiep, der erboste Ex-Finanzverwalter der Union, ließ sich Anfang vergangener Woche nur mühsam davon abbringen, gleich per eidesstattlicher Versicherung Baumeister der Lüge zu bezichtigen.

Tatsächlich hatten ihn die CDU-Wirtschaftsprüfer schon am 22. Dezember vergangenen Jahres in der Kanzlei seines Rechtsanwaltes Günter Kohlmann in Köln nach einer Zahlung über 100 000 Mark befragt, die man „nicht einordnen“ könne. Ob er einmal von der CDU nach seinem Ausscheiden als Schatzmeister einen solchen Betrag bekommen und später wieder eingezahlt habe? Kiep verneinte: „Davon habe ich noch nie gehört.“

Am vergangenen Mittwoch knickte dann zunächst Schornack ein. Der heute noch als Büroleiter des jetzigen Schatzmeisters Matthias Wissmann tätige Jurist ließ im Adenauer-Haus wissen, er sei sich nicht mehr so sicher, ob er nicht statt Kiep dem Steuerberater Horst Weyrauch das Geldbündel in die Hand gedrückt habe.

Dabei hatte Schornack noch Minuten vor Schäubles Pressekonferenz tags zuvor dem CDU-Bundesgeschäftsführer Hausmann versichert: „Ich stehe dazu.“ Hausmann fragte nach, ob es wirklich Kiep gewesen sei: „Können wir das verwenden?“ Schornack: „Ja.“

Jetzt muss Schornack Hausmann schriftlich erklären, wie es denn nun endgültig gewesen sein soll. Lange wird der schwankende Zeuge wohl nicht mehr im Dienst der Partei walten.

Gleich nach Schornack korrigierte sich auch Baumeister per Zeitungsinterview. Sie habe Kiep wohl nur um Rat gefragt, bekommen habe er das Geld doch nicht.

Mit Baumeisters Volte gerät die Partei vollends in Schräglage – denn dann sind die 100 000 Mark von Schreiber offenbar spurlos verschwunden. Wenn Kiep mit der Sache nichts zu tun hatte, kann das Geld auch nicht von ihm in die offizielle Parteikasse eingespeist worden sein, wie Schäuble zu seiner Entlastung behauptet hatte. Inzwischen gibt es auch dazu eine neue Erklärung: Es könne sein, dass Weyrauch das Geld unter dem Absender Kiep überwiesen habe, so Schäubles Sprecher Walter Bajohr.

KIEPS VERSION: Für die von den Wirtschaftsprüfern im vergangenen Dezember entdeckte Einzahlung von 100 000 Mark hat Kiep nach Angaben seines Anwalts Kohlmann eine ganz andere Erklärung: 1995 sei für Kiep geschäftlich ein gutes Jahr gewesen. Deshalb habe er Weyrauch, der auch sein persönlicher Steuerberater sei, angewiesen, der Union eine großzügige Spende zukommen zu lassen: Am 12. De-

zember 1995 habe Weyrauch 100 000 Mark von einem Privatkonto Kieps bei der Deutschen Bank auf ein offizielles Spendenkonto 52955-06 der Union bei der Hauck-Bank in Frankfurt überweisen lassen. Am 18. Dezember wurden sie der CDU gutgeschrieben. Kiep will seine Angaben mit Bankbelegen untermauern können.

Spenden dieser Größenordnung sind für den Versicherungsmakler Kiep nichts Ungewöhnliches. Immer wieder mal hatte er auch in den Jahren zuvor der CDU 50 000 Mark oder mehr gespendet. Nur: Während die übrigen Spenden offenbar stets korrekt in den Rechenschaftsberichten der Partei ausgewiesen worden waren, fehlt trotz der nachweisbaren Zahlung ausgerechnet in der Spenderliste für das Jahr 1995 Kieps Name.

Doch eines steht fest: Wenn die 100 000 Mark, die am 18. Dezember 1995 bei der CDU eingingen, von Kiep kamen, sind die 100 Tausender von Schreiber nicht ins Rechenwerk der Partei aufgenommen worden – aber wo sind sie?

An Schäubles Darstellung mehren sich noch aus einem anderen Grund die Zweifel. In Schreibers Umfeld will man auch wissen, dass der Bote eine Frau war – niemand anders als Brigitte Baumeister.

Sicher ist, dass Baumeister mit Schreiber gute Beziehungen pflegte. Etliche Einträge, die auf regen Kontakt schließen lassen, finden sich in Schreibers Terminkalendern. Noch heute rätselt die Staatsanwaltschaft Augsburg beispielsweise, was sich wohl hinter der Formulierung „wg. Baumeister 264 Mio“ verbirgt, die am 20. Juni 1994 eingetragen ist. Sogar als längst bekannt war, dass gegen Schreiber ermittelt wird, traf sich Baumeister, auf dem Rückweg vom Skiurlaub im Engadin Ostern 1997, noch mit dem Lobbyisten in der Schweiz.

Auch wurde die Spende vermutlich nicht, wie Schäuble immer noch erklärt, am Tag nach dem Sponsoren-Essen übergeben, sondern erst knapp drei Wochen später, am 11. Oktober 1994. Er habe das Geld – nach einer Reise durch Südfrankreich – am 4. Oktober in Zürich erst abheben müssen, berichtete Schreiber Ende voriger Woche Vertrauten. Dies könne er mit Konto-Auszügen belegen. Dann habe er die 100 000 Mark Baumeister gegeben mit der Bitte, die Spende an Schäuble weiterzuleiten.

Die Kurierin des Baren, so berichten Schreiber-Freunde, sei Jahre später plötzlich zu Kohl zitiert worden. Der Kanzler habe von der Nähe zwischen ihr und Schreiber gewusst. Wer denn aus seiner Partei alles Geld von dem in die Bredouille geratenen Lobbyisten bekommen habe, soll sich der CDU-Chef erkundigt haben. Baumeister berichtete vom Umschlag an Schäuble. Der, heißt es inzwischen sogar in



Berater Kirchof, Tietmeyer, Herzog: Konsequenzen für die Zukunft

* Ausriss aus dem „Liechtensteiner Volksblatt“.

Wer folgt auf Schäuble? Politiker, die für den CDU-Vorsitz im Gespräch sind



F. OSSENBRINK

KURT BIEDENKOPF, 69
Sachsens Ministerpräsident gilt seit langem als Kohl-Gegner und unabhängiger Querdenker. Deshalb sehen manche in ihm trotz seines fortgeschrittenen Alters den geeigneten Übergangsvorsitzenden.



DPA

ANGELA MERKEL, 45
Die CDU-Generalsekretärin distanzierte sich schon früh vom System Kohl. In der Partei hat sie sich damit aber viele Feinde gemacht. In der Schäuble-Krise hielt sie sich auffallend zurück.



ACTION PRESS

VOLKER RÜHE, 57
Er war CDU-Generalsekretär und Verteidigungsminister – eine Karriere im System Kohl. Rühle muss in Schleswig-Holstein erst mal die Wahl gewinnen – und danach sieht es nicht mehr aus.



O. JANDKE / CARO

JÜRGEN RÜTTGERS, 48
Der CDU-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen ist ein getreuer Kohl-Vasall. Seit Freunde des Altkanzlers ihn zum gewünschten Schäuble-Nachfolger ausriefen, gilt er als Putschist.

der CDU, sei entsetzt gewesen, als er erfahren habe, dass Kohl von der Spende wisse, die bis dahin nicht in den offiziellen Finanzkreislauf der Union eingespeist worden war. Das erschien nachträglich auch kaum möglich – schließlich war das Geld weg. Baumeister habe auf sein Drängen hin 1997 einen Vermerk gefertigt, aus dem hervorging, dass sie das Schreiber-Geld von ihm bekommen habe, bestätigte Freitagabend sogar Schäuble selbst.

Genau dieses hatte auch Schreiber schon Anfang der vergangenen Woche vor Vertrauten erzählt. Seine Version passt in Teilen verblüffend zu Baumeisters spätem Geständnis. Sie hat mittlerweile eingeräumt, Kohl im Sommer 1997 von den 100 000 Mark berichtet zu haben.

Haben also der Fraktionschef Schäuble und seine heutige Parlamentarische Geschäftsführerin Baumeister im Nachhinein eine kunstvolle Legende entworfen, um zu vertuschen, dass das Geld verschwunden ist? Und wer hat was damit angestellt?

Viele der unappetitlichen Details dieser Affäre wären wohl verborgen geblieben, wenn Kohl und Schäuble das inszenierte Miteinander der letzten Jahre weiter durchgehalten hätten. Doch seit der Klebstoff der Beziehung, die Macht, verschwand, ist es mit der Freundschaft der beiden Matadore vorbei. Teilweise absichtsvoll heizt Kohl die Affäre noch an. Wie ein Amok laufender Elefantenbulle vernichtet der Alte derzeit alles, was ihm in die Quere kommt. Im kleinen Kreis verriet er: „Ich werde dafür sorgen, dass Schäuble ein Ermittlungsverfahren krieg.“

Kohl ist enttäuscht von den Abnabelungsversuchen Schäubles und Angela Merkels, die er als illoyal und undankbar empfindet. Er ist geschockt vom dilettantischen Krisenmanagement seiner Nachfolger. Vor allem aber ist er mehr denn je überzeugt, alles immer noch viel besser zu



REUTERS

CSU-Chef Stoiber: Warnung vor „Masochismus“



ROLAND KOCH, 41

Er fällt als Anführer der neuen CDU-Garde jetzt aus. Er ist mit der Aufarbeitung der Millionen-Schiebereien in der Hessen-CDU, von denen er angeblich nichts wusste, beschäftigt.



CHRISTIAN WULFF, 40

Der Oppositionschef in Niedersachsen würde Schäuble gern beerben. Aber viele trauen dem Juristen, der zwei Landtagswahlen gegen Gerhard Schröder verloren hat, den Posten nicht zu.



PETER MÜLLER, 44

Der saarländische Ministerpräsident hat kaum Chancen, an die CDU-Spitze gewählt zu werden. Müller fehlen Erfahrung und auch die notwendige Hausmacht in der Bundespartei.



ANNETTE SCHAVAN, 44

Die baden-württembergische Kultusministerin wurde von dem langjährigen Kohl-Vertrauten Friedhelm Ost ins Gespräch gebracht. Sie hält sich aus der Nachfolgediskussion heraus.

können als jeder andere. Nun reaktiviert der Pate sein altes System.

„Mal sehen, wer übrig bleibt“, hat der alte Kämpfer Kohl unlängst gesagt. Seine Kalkulation ist klar: Wenn Schäuble und Merkel im von Kohl angerührten Spendenmorast versinken, wird die an das straffe, aber bequeme Patriarchat gewöhnte CDU ihn, den Kanzler der Einheit und des Euros, zu Hilfe rufen.

Ohne untergründige Spannungen war das Verhältnis zwischen dem Kanzler und seinem Getreuen Schäuble nie. Kohl neidet dem Badener seinen Intellekt, der Mann im Rollstuhl dagegen fühlt sich von ihm verraten und hat nie verwunden, dass der seine Ambitionen auf die Kanzlerkandidatur zunichte machte. Kohl hat Schäuble den Lebensraum zerstört, weil er 1998 noch einmal antrat.

In Sachen Spenden allerdings lagen der Alte und sein Nachfolger schon früher auf einer Linie. Schäuble bezeichnete es „als einen meiner größten Flops, eine der bittersten Stunden meiner parlamentarischen Arbeit“, dass es ihm nicht gelungen sei, 1984 in der Flick-Affäre eine Amnestie für die Steuerhinterzieher durchzusetzen.

Erst als Fraktionsgeschäftsführer, dann als Kanzleramtsminister gehörte Schäuble seit jeher zu Kohls wichtigsten Leuten. Anders als der Herdenmensch Kohl jedoch war Schäuble stets Eigenbrötler. Der Kanzler respektierte seinen Denker, dieser lohnte es ihm mit demonstrativ vorgetragener Loyalität: „Kohl weiß, dass ich ihn niemals bescheiße.“

Die Wendejahre 1989/90 waren für Schäuble Schicksal. Er war der Manager der Einheit, wurde das Opfer eines Attentäters. Der Täter hatte Kohl treffen wollen.

Nicht einmal nach der Bundestagswahl am 27. September 1998 und dem Machtwechsel, der alle Chancen Schäubles auf das Kanzleramt verfliegen ließ, gewährte der Alte Unterstützung. Kohl nervte in der

Fraktion, pflegte sein Informationssystem und war als steinerner Gast immer dabei, im Bundestag wie im Parteipräsidium. Als Kohls Zuträger aus dem Adenauer-Haus, Hans Terlinden, das Vernehmungsprotokoll von Schwarze-Konten-Führer Weyrauch am amtierenden Parteichef vorbei zu Kohl schmuggelte, gab auch Schäuble jede Zurückhaltung auf und feuerte den Kohl-Adlatus. Der Ex-Kanzler wiederum sieht in Schäubles kopflosem Agieren den Beweis, dass der Ziehsohn das Zeug zum Krisenmanager nicht hat. Vor Vertrauten wurde er deutlich: „Der kann es nicht. Der muss weg.“

Wenigstens gegen einen Angriff hat sich der gelernte Jurist Schäuble abgesichert. Er muss, anders als Kohl, den Staatsanwalt nicht fürchten, obwohl mittlerweile etliche Anzeigen gegen ihn vorliegen.

Der Verdacht der Untreue, den die Staatsanwaltschaft Bonn bei Kohl prüft, wäre bei Schäuble wegen der Schreiber-Spende ebenfalls angebracht, wenn sich der Verbleib des Geldes nicht doch noch befriedigend erklären lässt. Nachforschungen der Justiz dürften aber ausgeschlossen sein. Der Vorgang aus 1994 war 1999 unter dem strafrechtlichen Aspekt der Untreue verjährt. Im Jahr 2000 konnte der Parteichef sein Geständnis gefahrlos ablegen.

Kohl dagegen hat sich für die scheinbar honoräre Variante entschieden. Ohne Rücksicht auf mögliche Strafen verweigert er beharrlich, die Namen jener Spender zu nennen, die sein schwarzes Konto speisten – doch möglicherweise nicht aus purem Edelmüt: Denn wurde Kohl aus Schwarzgeld alimentiert, ginge es für die Geber um Steuerhinterziehung und für Kohl um Beihilfe dazu.

Wenn es denn tatsächlich Spenden sind und Kohl die Spender kennt. Inzwischen ist nicht einmal mehr das sicher. Vielleicht kam das Geld in den schwarzen Kassen aus noch dunkleren Kanälen, etwa von Elf

Aquitaine. Der französische Konzern steht im Verdacht, der CDU im Zusammenhang mit dem Leuna-Milliardengeschäft Schmiergelder in zweistelliger Millionenhöhe gegeben zu haben.

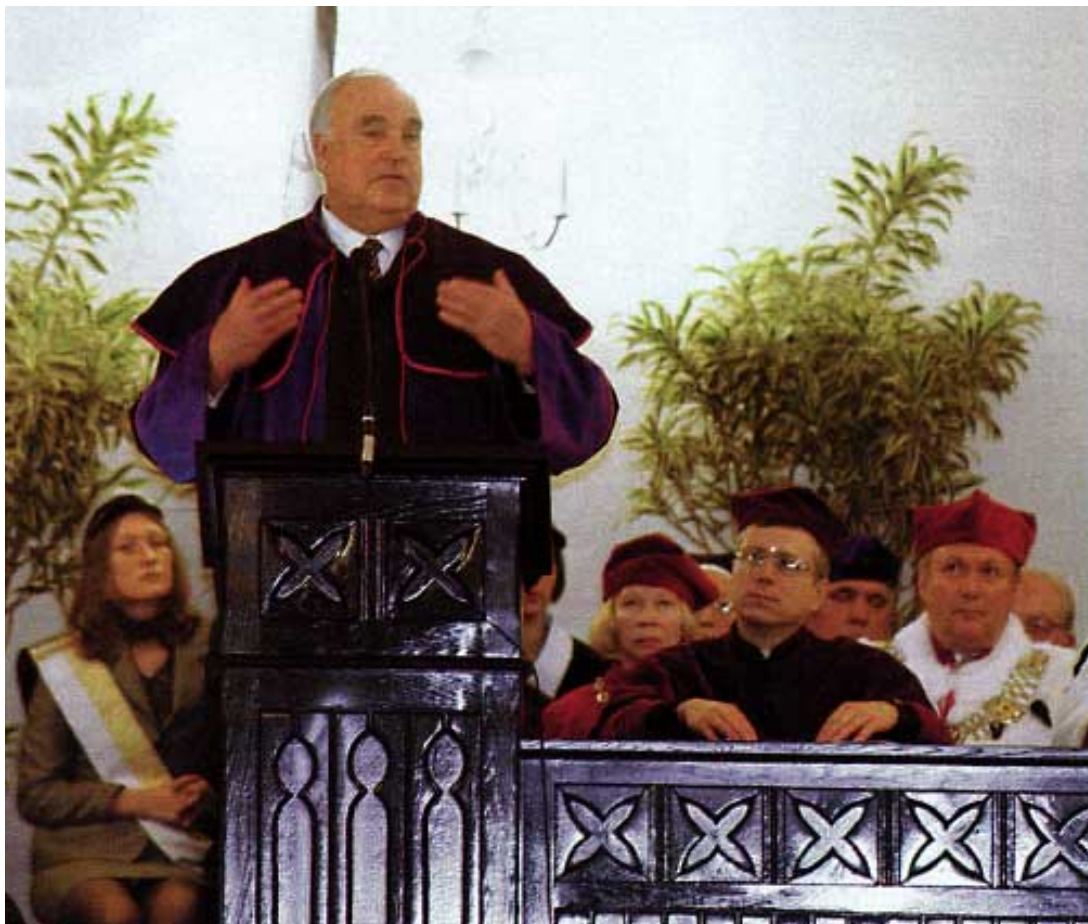
Die öffentlich vorgeführte Reue und Zerknirschung über ihre Spenden-Sünden will sich die Parteiführung nichts kosten lassen. So teilte die CDU-Spitze Bundestagspräsident Thierse über die Stuttgarter Anwaltskanzlei Zuck & Quas am 29. Dezember vorigen Jahres mit, man denke überhaupt nicht daran, irgendwelche Straf-gelder zu zahlen: „Die in den Medien diskutierte Frage, wie Sie Ihr Ermessen zur Frage einer Rückforderung von staatlichen Mitteln wegen fehlerhafter Rechenschaftsberichte ausüben, stellt sich nicht.“ Die „nachträgliche Verbesserung“ der manipulierten Zahlenwerke reiche völlig aus.

Im Klartext heißt das: Man betrügt einfach, bis man erwischt wird und gibt dann folgenlos zu, was sich nicht verbergen lässt.

Selbst für die von Kohl bar kassierten und verschwiegenen Spenden will die CDU nicht zahlen, obwohl das Parteiengesetz hier eindeutig eine Strafe in doppelter Höhe vorsieht. Schäuble und Merkel verlangen, dass die Partei wie ein reuiger Steuersünder behandelt wird, der sich gerade noch rechtzeitig dem Finanzamt offenbart.

Genau so habe sich der Partei-Patriarch Kohl verhalten: „Die Selbstanzeige ist in dem ZDF-Interview von Herrn Dr. Kohl ... zu sehen.“ Nur: Kohls Kassensystem war längst aufgefliegen, als er sich Mitte Dezember zu seinem dürren Teilgeständnis durchrang.

Da zeigt sich wieder jenes seltsame Rechtsverständnis des juristisch gebildeten Schäuble, das dieser schon in der Flick-Affäre offenbarte. Damals war der junge Schäuble beim Flick-Konzernmanager Eberhard von Brauchitsch zu Besuch gekommen, so berichtet dieser in seinen Memoiren, und



Ehrendoktor Kohl in Breslau (am vergangenen Dienstag): Auslöser der ganzen Affären

hatte scheinheilig fallen lassen, man müsse ja nicht immer und überall die ganze Wahrheit sagen. In Erinnerung an diese Visite war von Brauchitsch einer der wenigen, die von Beginn der neuen Affäre an dem vermeintlichen Aufklärer und Saubermann Schäuble die erhabene Rolle nicht abnahmen.

Die Misere der Schwesterpartei lässt die CSU seit Wochen zwischen Angst und Zufriedenheit schwanken. Nach außen geben sich die Christ-Sozialen gern völlig unbeeiligt. Als Chefberater agiert allerdings schon mal Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, der die Aufklärer in der CDU vor „Masochismus“ warnt.

Solche Chuzpe muss man erst mal aufbringen. Denn die Affäre Schreiber begann im Herzen der CSU. Schreiber hat sein Lobby-Geschäft in Bayern gelernt, immer im Schlepptau von Franz Josef Strauß, der Privates und Staatsgeschäfte schwer auseinander halten konnte. Stoiber war als CSU-Generalsekretär und Chef der Staatskanzlei ganz nah dran, kann sich aber an Heikles im Zweifelsfall schon mal nicht erinnern.

Schreiber unkt aus dem fernen Kanada, aus dem Verfahren gegen ihn würden „noch viele Fakten zum Schaden der gesamten politischen Klasse und vor allem Bayerns an die Öffentlichkeit kommen“.

Zuletzt am 2. Dezember vorigen Jahres wandte sich Schreiber an den „sehr geehrten Herrn Ministerpräsidenten“. Das

Schreiben steckt voll nebulöser Andeutungen darüber, was Schreiber aus der Strauß-Ära noch alles über Stoiber wisse. Der CSU-Chef solle ihm, verlangt der Geschäftsmann aus Kaufering, „bestätigen“, dass er „nicht die Absicht“ habe, aus dem Schreiber-Verfahren „bundespolitisch Kapital zu schlagen“.

Schreiber, so scheint es, ist derzeit Stoibers stärkste Bedrohung. Viele Konkurrenten in der CDU, die ihm seinen heimlichen Führungsanspruch für die Gesamtpartei und den ebenso geheimen Wunsch einer Kanzlerkandidatur noch streitig machen können, scheiden dagegen nach und nach aus.

Einen „natürlichen Nachfolger“ für Schäuble, so wie es dieser selbst für Kohl war, ist nicht zu sehen. Der schleswig-holsteinische Spitzenkandidat Volker Rühle ist als ehemaliger Generalsekretär und Verteidigungsminister des Altkanzlers zu sehr in das System Kohl verstrickt, um glaubwürdig einen Neuanfang zu verkörpern.

Das gilt auch für Rühles Intimfeind Jürgen Rüttgers. Nachdem ihn der Altkanzler zu seinem Wunschnachfolger ausrief, haftet ihm der Makel des Putschisten an. Dass Rüttgers es wagt, vor seiner NRW-Wahl auf dem Bundesparteitag der CDU im April gegen Schäuble anzutreten, gilt weiterhin als ausgeschlossen, ebenso, dass Schäuble ihn zur Nachfolge auffordert. Der Badener hält nicht viel von Rüttgers.

Als relativ unbelastet galt bislang, trotz Ministerposten im Kabinett Kohl, Generalsekretärin Merkel. Doch nachdem sich herausstellte, dass rund 100 000 Mark aus Kohls schwarzen Kassen an ihren Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern gingen, regt sich auch gegen sie parteiinterner Verdacht. Dies werfe „doch einige Fragen an Frau Merkel auf“, meint ein Mitglied der Fraktionsführung. Mit ihrer strengen Distanzierung vom Übervater Kohl hat sich Merkel ohnehin viele Feinde in der CDU gemacht, für die überdies eine Frau an der Spitze eine kleine Revolution bedeuten würde.

Für die Nachwuchskräfte aus den Ländern käme eine Kandidatur zu früh. Der Hesse Koch, den viele als Parteichef der Zukunft sehen, hat spätestens seit Freitag alle Hände voll zu tun mit der Riesensaffäre in seinem eigenen Landesverband. Peter Müller aus dem winzigen Saarland mangelt es an einer tragfähigen Hausmacht und Erfahrung.

Und der Niedersachse Wulff, der wohl zu einer Kandidatur bereit wäre, muß erst mal eine Wahl gewinnen – zweimal verlor er gegen Gerhard Schröder.

Dann schon lieber ein 70-Jähriger, finden mehrere Bundesvorstandsmitglieder.

Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, Helmut Kohl in Feindschaft verbunden, könnte die Partei als Interimsvorsitzender noch am ehesten aus dem Schlamassel herausmanövrieren. Doch die Idee zeigt nur, in welcher verzweifelter Lage die CDU wäre, wenn Schäuble ihr abhandeln käme. Biedenkopf ist die Partei zutiefst fremd geworden. Und auch ihn könnte die Vergangenheit einholen: In den sechziger Jahren gehörte „Bieko“ zu Kohls Freunden, in der Flick-Affäre geriet er schon einmal unter Verdacht.

Der Staatsmann, der die ganze Affäre losgetreten hat, war vergangene Woche erstaunlich guter Laune. Zufrieden und gelöst nahm Helmut Kohl die Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät der Universität Breslau entgegen. Für die Laudatio bedankte er sich neckisch: „Ich habe mir gerade überlegt, ob die lange Rede mit den mir zu erlassenden Sünden im Zusammenhang steht.“

TINA HILDEBRANDT, WOLFGANG KRACH, GEORG MASCOLO, MATTHIAS MÜLLER VON BLUMENCRON, DIETMAR PIEPER, HEINER SCHIMMÖLLER, BARBARA SCHMID, HAJO SCHUMACHER